

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Russisch-französischer Notenaustausch.

Anerkennung und Vorbehalte.

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden am Dienstag zwischen der französischen und russischen Regierung ausgetauschten Telegramme sind am Mittwoch morgen im Wortlaut veröffentlicht worden. Die französische Mitteilung erklärt, daß Frankreich eingedenk der Freundschaft, die die beiden Völker verbindet, die Regierung des Verbandes der Sowjetrepubliken als Regierung der Gebiete des ehemaligen russischen Reiches und als Nachfolgerin der früheren russischen Regierung mit sofortiger Wirkung anerkennt. Die französische Regierung sei demgemäß bereit, die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen mit der russischen Regierung durch gegenseitige Entsendung von Botschaftern wieder aufzunehmen. Sie hoffe, daß durch diese Anerkennung, durch die keiner der bestehenden Verträge berührt werde, eine Verständigung über alle zwischen beiden Ländern zu regelnde Fragen ermöglicht werde. Die französische Regierung lege deshalb besonderen Wert darauf, alle diejenigen Rechte, die französischen Bürgern aus den von Rußland oder seinen Staatsbürgern unter dem früheren Regime eingegangenen Verpflichtungen zustehen, ausdrücklich zu wahren. Sie habe im Interesse des Friedens und der Zukunft Europas die Absicht, zusammen mit der Sowjetregierung eine gerechte und praktische Regelung anzustreben, die es ermögliche, zwischen beiden Nationen die normalen Beziehungen wiederherzustellen, sobald das französische Rechtsempfinden eine billige Genugtuung erhalten habe. Die französische Note spricht sodann die Erwartung aus, daß die Verhandlungen allgemeiner und wirtschaftlicher Natur sobald wie möglich in Paris beginnen, und schließt mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß der Grundfah der gegenseitigen Nichtmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten die Grundlage der künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern sein würde.

Die russische Antwort gibt ihrer Genugtuung über die Vorschläge der französischen Regierung und dem Vertrauen Ausdruck, daß alle in der französischen Mitteilung erwähnten Fragen auf dem Wege einer Verständigung zwischen beiden Regierungen, einer baldigen und für beide Teile befriedigenden Lösung entgegengeführt werden. Das Zentralkomitee der Sowjetrepubliken lege den größten Wert darauf, daß alle Mißverständnisse zwischen Rußland und Frankreich aus der Welt geschafft werden und daß der Abschluß eines Abkommens zwischen Rußland und Frankreich die Grundlage künftiger freundschaftlicher Beziehungen bilden werde.

Moskauer Zentralismus.

Die Teilrepubliken mucken auf.

Moskau, 29. Oktober. (D.C.) Zu einer recht erregten Auseinandersetzung kam es im Zentralkomitee des Sowjetbundes bei der Besprechung der Sowjetjustiz. An das Referat des Vorsitzenden des Obersten Sowjetbundesgerichts Binokuroff anknüpfend, traten mehrere führende Sowjetjuristen, wie der zweite Bundesstaatsanwalt Kriegenko und Justizkommissare der einzelnen Republiken, mit kritischen Einwendungen gegen die immer mehr heraortretende Tendenz auf, das Gerichtswesen zugunsten des Obersten Bundesgerichts und auf Kosten der Selbstständigkeit der Justiz der einzelnen Teilrepubliken des Sowjetbundes zu zentralisieren und politischen Rücksichten unterzuordnen. Die anfangs mehr gelehrte juristische Debatte nahm dann durch das Eingreifen des Präsidenten der Sowjetunion Kalinin einen sehr lebhaften Verlauf. Er polemisierte unter starkem Beifall als „Mensch mit ganz schlichtem Verstand“ gegen die Juristen. Er nahm für das Oberste Gericht sogar das Recht in Anspruch, Prozesse aus den Teilsstaaten nach Moskau zu verlegen, wenn politische Gründe das wünschenswert machen sollten. Eine Unterordnung der Teilrepubliken unter das Ganze in dieser Hinsicht widerspreche keineswegs dem Geist der Sowjetkonstitution und eine „Verteidigung der Rechte der Peripherie gegen das Zentrum“ sei daher völlig unnötig. Nach einer längeren heftigen Diskussion wurde zur Schaffung einer endgültigen Formel über die Grundlagen der Justiz eine Kommission gebildet, in welche auch mehrere der angegriffenen Juristen gewählt sind.

Die kommunistische Zerstörungsarbeit.

Gegen die Arbeiterbewegung.

Aus Kopenhagen schreibt man dem Vorwärts:

Bei der vor kurzem vorgenommenen norwegischen Reichstagswahl haben die Sozialdemokraten 85 167 Stimmen erhalten. Das ist ein Gewinn von 5000 Stimmen. Die Arbeiterpartei, das sind die von Moskau losgelassenen Kommunisten, haben 175 325 Stimmen, die Moskau-Kommunisten 57 734 Stimmen erhalten. Die drei Arbeiterparteien haben zusammen rund 48 000 Stimmen mehr als bei der Wahl von 1921. Die gemäßigten Linke, die jetzige Regierungspartei hat 182 242 Stimmen, die Bauernpartei 131 179 Stimmen, die vereinigten Rechtsparteien 315 735 Stimmen erhalten.

Die Folge des Wahlausfalls dürfte sein, daß in Norwegen eine Rechtsregierung gebildet wird, deren Politik in erster Linie gegen die Arbeiter gewendet sein wird.

„Sozialdemokraten“ in Kopenhagen schreibt hierzu: Wilhelm Liebknecht sagte einmal, daß der gigantische Krieg, der die Folge des Kapitalismus und des Militarismus sein müßte, den Kapitalismus schwach und die Arbeiter stark machen würde; nur eines könnte dann dem Kapitalismus seine Macht zurückgeben, nämlich der Anarchismus. Der alte Liebknecht prophezeite, daß die Periode nach einem solchen Kriege die schwerste Zeit sein würde für die Sozialdemokratie, die im Kampf gegen zwei Fronten stehen würde. Die Geschichte hat ihm in bedauerlichem Maße recht gegeben. Die guten Aussichten der Arbeiterklasse bei dem Zusammenbruch des Krieges wurden in großem Umfange durch

das Zerstörungswerk der Kommunisten vernichtet. Wohl haben die Arbeiterparteien die Liquidation des Kriegswahnsinns auf sich nehmen müssen, doch ohne die Stärke, die dazu gehört, um hierbei die eigenen Ideen zu fördern, die sie unbedingt gehabt haben würden, wenn die Zersplitterungsarbeit nicht vorausgegangen wäre. Die norwegische Wahl bekräftigt die Wahrheit dessen. Die Arbeiterparteien unseres Bruderlandes würden zusammengefaßt die größte Partei des Landes sein, und dennoch bekommt Norwegen nunmehr eine — Rechtsregierung.

Dies ist das Resultat, das die Kommunisten überall dort erzielen, wo sie stark genug sind, um überhaupt eine Rolle spielen zu können. Sie beraubten die Sozialdemokratie in Deutschland ihrer führenden Rolle, sie brachten Ungarn und Finnland den weißen Terror, sie verhalfen Mussolini zur Macht in Italien, sie tun, was sie können, um die Stellung MacDonalds in England zu untergraben. Ohne die kommunistische Zerstörungsarbeit in Norwegen und Finnland würden die sozialistischen Regierungen Stauning in Dänemark und Branting in Schweden die Hilfe und Unterstützung sozialdemokratischer Regierungen in Norwegen und Finnland gehabt haben.

Man bedenke, welchen Einfluß ein solcher sozialistisch-antimilitaristischer Norden ausgeübt haben könnte, und welche moralische Wirkung er erzielen könnte zur Förderung des Arbeiterkampfes in der übrigen Welt!

Die Wahlschlacht in England.

Eine neue Botschaft MacDonalds.

London, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im Hauptquartier der Arbeiterpartei ist man mit den letzten Meldungen aus den einzelnen Wahlkreisen befriedigt. Allgemein wird festgestellt, daß die Partei die konservative Wahlbombe des Snowden-Briefes über Erwachen gut überstanden hat. Nach übereinstimmenden Meldungen hat die Arbeiterpartei im Laufe ihrer Geschichte niemals so viele Stimmen und begeisterte verlaufene Beclamungen erlebt, wie diesmal. Man erwartet nun mindestens einen Stimmenzuwachs von 200 000 bis 300 000 für die Arbeiterpartei, was jedoch bei dem englischen Wahlsystem noch keineswegs auch nur einen annähernd entsprechenden Gewinn an Parlamentssitzen bedeuten muß. In Schottland und Nordengland wird indes auf das Bestimmteste mit Mandatsgewinnen gerechnet. MacDonald hat in letzter Stunde eine neue Botschaft an die Wähler gerichtet, in der es u. a. heißt: „Am Ende des härtesten Wahlkampfes, den ich jemals gefochten habe, sind die Zeichen des Sieges unverkennbar.“ Das liberal-konservative Wahlbündnis hat, obwohl von einer ganzen Phalanx von Zeitungen unterstützt, die politisch ernsthaft interessierten Kreise vor den Kopf gestoßen und wird die Arbeiterpartei letzten Endes nur stärken.

London, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahlen begannen heute morgen. In den ersten Stunden zeigte sich die übliche Wahlbeteiligung. Die Wahl wird um 9 Uhr abends (10 Uhr mitteleuropäischer Zeit) geschlossen. Heute nacht dürfen 224 von 564 Ergebnissen gemeldet werden.

Primo-Dämmerung.

Madrid, 29. Oktober. (W.B.) „ABC“ besteht wiederholt darauf, daß normale verfassungsmäßige Verhältnisse durch die Bildung einer Regierung aus hervorragenden Persönlichkeiten hergestellt werden, die keiner früheren Partei angehören, um ihren Hauptzweck, die Ausarbeitung der Cortes-Wahlen erfüllen zu können, müsse diese Regierung sich auf die Armeestützen stützen und Primo de Rivera zum Haupt (!) haben.

Das Sekretariat der sozialistischen Arbeiterpartei demontiert ein Gerücht der englischen Presse, wonach Primo de Rivera den Vorsitz in einer von der sozialistischen Partei gebildeten Regierung übernehmen werde. Die spanisch-sozialistische Partei werde niemals mit dem gegenwärtigen politischen Regime zusammenarbeiten.

Italienische Klassenjustiz.

Rom, 29. Oktober. (W.B.) In Trani wurden 2 Sozialisten wegen Mordes an einem Faschisten zu 30 bzw. 32 Jahren Zuchthaus verurteilt. In Rom wurde gegen einen Faschisten, der einem politischen Gegner gewaltsam Rbiznusöl eingegeben hatte, eine Strafe von fast 4 1/2 Jahren verhängt.

Polnische Spionage.

Memel, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Rownoer Kriegsgericht wurde der polnische Spion Wladimir Galin, der in Memel als Journalist die in russischer Sprache erscheinende Rownoer Zeitung „Echo“ vertrat, zum Tode verurteilt. Sein Mitangeklagter, der ehemalige russische Korvettenkapitän Nowikoi, der als Postbote in Memel Hafen tätig gewesen war, erhielt lebenslängliche Zuchthausstrafe, der ehemalige litauische Offizier Polianin wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Berufung wurde den Verurteilten nicht zugelassen und Galin auf dem Buntausberg in Anwesenheit seiner Frau, die er erst zwei Tage vor seiner Verhaftung geheiratet hatte, erschossen. Galin hatte statistische Angaben über den Schiffsverkehr im Memeler Hafen, das in Memel stationierte litauische Militär und über die wirtschaftliche Lage der Polen gesammelt.

Deutschnationale Thronstürzer.

Aus den Erinnerungen Clemens v. Delbrück.

Keine Partei dürfte es wagen, das alte System, an dem Deutschland beinahe völlig zugrunde gegangen ist öffentlich zu verteidigen, wenn die zahlreichen Erinnerungsbücher seiner einstigen Träger im Volk wirklich bekannt wären.

Clemens v. Delbrück, zu Beginn des Krieges Staatssekretär des Innern, in den Sturmtagen von 1918 Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, danach deutschnationaler Abgeordneter in der Nationalversammlung, war zum Amt des Anklägers nicht geboren. Sein bedächtiger, stets nach Verständnis und Verständigung strebender Geist beherrscht auch seine soeben erschienenen Denkwürdigkeiten. Wenn sie trotzdem zu einer vernichtenden Anklage gegen das alte System und seine Verteidiger wurden, so lag das nicht am Willen des Verfassers, sondern an der Natur des Gegenstandes.

Als preussischer Handelsminister beginnt Delbrück seine Tätigkeit in der politischen Zentrale. Hier beklagt er das Ueberwiegen des schroffen Arbeitersstandpunktes im preussischen Dreiklassenlandtag, die Abneigung der Konservativen gegen jede Sozialpolitik, das Ueberwiegen agrarischer Berufsinteressen aufs lebhafteste. Der Widerstand gegen die Besteuerung der Reichen durch die Erbschaftsteuer geht von Preußen aus, es ist zunächst undenkbar, ihn zu überwinden, weil man dazu die Hilfe der verfeimten Sozialdemokratie in Anspruch nehmen müßte.

Als Staatssekretär des Innern und damit der Sozialpolitik erwirbt er sich die Abneigung der Industriellen, die sein Amt als das „rote“ bezeichnen und später im Krieg für seine Höchstpreispolitik den Haß der Agrarier.

All das hindert ihn nicht, getreu seiner konservativen Grundstimmung, ein Mandat zur Nationalversammlung von der Deutschnationalen Partei anzunehmen. Aber bald tritt er in den Hintergrund, da seine Politik der friedlichen Entwicklung den Wünschen der radikalen Rechten nicht entspricht. In einem Nachwort bemerkt sein Sohn Joachim v. Delbrück:

Eine große, nach links reformierte Partei, die weiten Kreisen der Arbeiterbevölkerung Eintritt gestattet hätte, fand er auch nicht in der Deutschnationalen Volkspartei.

Können Arbeiter einer Partei nachlaufen, von der sich ein kaiserlicher Staatssekretär abwandte, weil er ihre Arbeiterfeindschaft erkannt hatte?

Die interessantesten Kapitel des Buches betreffen Delbrücks Tätigkeit während des Krieges.

Als Staatssekretär und Vizkanzler war Delbrück dritter Mann im Reich nach Kaiser und Kanzler. Trotzdem erfuhr auch er nichts von der Niederlage an der Marne:

Die Wendung, die der Krieg durch die Marne Schlacht erfuhr, wurde für alle Nichtmilitärs erst später erkennbar, und auch ich habe weder durch den Reichskanzler noch von militärischer Seite zu Anfang des Jahres 1915 ein klares Bild über die militärische Lage bekommen können.

Später berichtete er von einer Reise ins Große Hauptquartier:

Es war in Charleville nicht anders als bei mir in der Wilhelmstraße, und ich bemerkte mit Erstaunen, daß die Herren dort über die militärischen Ereignisse nicht früher und im allgemeinen nicht ausgiebiger unterrichtet wurden als wir zuhause. Auch in Charleville erfuhr man über den Verlauf der Marne Schlacht so gut wie nichts. (!)

Wegen schwerer Krankheit scheidet Delbrück später aus dem Dienst, bleibt aber auch dann mit den leitenden Stellen in enger Fühlung. Insbesondere wird er durch seinen Reffen, den Vortragenden Rat im kaiserlichen Zivilkabinet, über die Vorgänge auf dem Lavenden gehalten.

Am 1. Oktober erfährt er von Dr. Hander folgendes:

„Also die Situation ist folgende: Die Oberste Heeresleitung ist der Ansicht, daß an der Westfront täglich eine Katastrophe eintreten kann, und verlangt die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen! Prinz Max von Baden, der Reichskanzler werden soll, ist bereits hier und verhandelt drüben im Reichsamt des Innern über das Friedensangebot, das noch heute abgehen soll.“

Hier macht Delbrück die von uns schon wiedergegebene Bemerkung, daß Ludendorff offenbar die Nerven verloren habe und daß sein verzweifelter Versuch, einer militärischen Katastrophe zu entgehen, unmittelbar in die politische Katastrophe hineinführen müsse. Die Oberste Heeresleitung hatte sich aber nicht nur plötzlich, ganz im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, zum Frieden ohne Sieg und ohne Eroberungen befehrt, sondern sie hatte zugleich stürmisch Verhandlungen über einen Waffenstillstand gefordert. Das war die Kapitulation, vollzogen durch die Oberste Heeresleitung. Auch Delbrück sieht das vollkommen klar. Er sagt darüber:

Daß man, wenn man auf einen Verständigungsfrieden ausging, sich auf den Boden der 14 Programmpunkte Wilsons stellte und diesen um eine Vermittlung anging, war ja an sich verständlich. Fraglich war nur, ob angesichts der Erfolge der Allierten dieses Angebot nicht zu spät kam. Besonders bedenklich erschien mir aber, daß man gleichzeitig um einen sofortigen Waffenstillstand nachsuchte. Das mußte einerseits als ein Zeichen von Schwäche angesehen werden, andererseits machte es die französischen und englischen Generale, ohne die über einen

*) Clemens v. Delbrück. „Die wirtschaftliche Mobilisierung Deutschlands.“ Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Waffenstillstand nicht verhandelt werden konnte, zu Herren der Lage. Die Waffenstillstandsverhandlungen traten in den Vordergrund, und es konnte dahin kommen, daß wir nicht mehr über einen Frieden, sondern über eine Kapitulation verhandeln mußten, die uns jeden Frieden zu akzeptieren.

Danach kann man ermessen, was für eine schmutzige Lüge es ist, wenn die Deutschnationalen die Schuld an der Niederlage und am Frieden von Versailles der Sozialdemokratie und der Republik in die Schuhe zu schieben versuchen.

Aber es kommt noch besser. Es stellt sich nämlich heraus, daß es Deutschnationale waren, die zuerst mit der Forderung nach der Abdankung Wilhelms II hervortraten. Und das hängt, wie Delbrück erzählt, folgendermaßen zusammen:

Was ich in der Frühe des 1. Oktober erfuhr, kam zunächst nur zur Kenntnis einer beschränkten Anzahl von Personen aus den Zentralbehörden und aus dem Reichstag. Man schaute sich — schon mit Rücksicht auf das feindliche Ausland — die Wehrkraft über unsere militärische Lage bekannt werden zu lassen. Seine Sicherheit allmählich durch, als unsere erste Note an Wilson der Öffentlichkeit übergeben wurde. So konnte es geschehen, daß man unser Friedensangebot zunächst als das Werk der neuen Regierung und damit als einen Sieg der Reichstagsmehrheit über die Politik der Obersten Heeresleitung ansah, die der Kaiser im Stich gelassen haben sollte. Diese letzte Vorstellung löste bei den alldeutschen Heißspornen eine heftige Erregung aus, die sich in dem Verlangen nach einer Abdankung des Kaisers Luft machte. Es muß festgehalten werden, daß diese Forderung zum erstenmal, wenn auch nur im Geheimen und schüchtern, von dieser Seite in die Diskussion geworfen wurde.

Also, weil wir Sozialdemokraten, die wir uns niemals als Monarchisten bezeichneten, dem Unglücksfall später — mindestens fünf Wochen zu spät — den Rücktritt nahegelegt hatten, darum werden wir von den Deutschnationalen immer, besonders jetzt im Wahlkampf, in den Tönen der höchsten moralischen Entrüstung beschimpft. Und dabei waren es diese Spitzbuben selbst, die, obgleich eingeschmoren Monarchisten, als erste gefordert hatten, daß der Kaiser sich trolchen solle!

Neben den Konservativen bilden die alldeutschen Thronstürzer heute den einflussreichsten Bestandteil der Deutschnationalen Partei!

Hät man Worte? Nein! Denn wenn man sagt, daß die Deutschnationalen die widerwärtigsten Heuchler und Lügner sind, die jemals diese bebauernswerte Erde beschmutzt haben, so ist das immer noch zu gelind. Nein, mit Worten kann man nicht antworten. Antworten kann man nur durch Taten, zu denen am 7. Dezember Gelegenheit sein wird.

Sorgt dafür, daß das Volk die Wahrheit erfährt! Dann gibt es bald keine Deutschnationale Partei mehr!

Landbündlerische Verleumdung.

Die Halbierten rächen sich — durch Schwindel.

Die Landbündlerische Presse ist wegen der Halbierung der Deutschnationalen und wegen der Hamburger Niederlage der Rechten in Sorge. Deshalb sucht sie durch gehäufte Schwindel über die Sozialdemokratie die Aufmerksamkeit abzulenken. Neuerdings bringt die „Deutsche Tageszeitung“ in Fortdruck unter der Überschrift „Unter sozialdemokratischer Verwaltung“ die Mitteilung, daß bei der Kreispartei in Bitterfeld der Sparfassenleiter leichtfertig Kredit gewährt habe, und daß ein Defizit von 400.000 Goldmark entstanden sei. In gewöhnlicher Schrift wird dann hinzugefügt, daß der sozialdemokratische Landrat Stamm nicht beteiligt sei und daß der sozialistische Regierungspräsident strenge Revision angeordnet habe! Aber nebenher wird von ähnlichen Vorgängen in Torgau, Nordhausen usw. berichtet, wobei selbstverständlich

die „sozialistischen Landräte es in unglaublicher Weise an der notwendigen Kontrolle haben fehlen lassen“.

Zunächst ist der Landrat von Torgau, Dr. Drems, kein Sozialdemokrat, sondern ein Volksparteiler, steht also wahrscheinlich den Deutschnationalen näher als den Sozialdemokraten. Ueber den Fall Nordhausen bringen wir weiter unten eine aufklärende Darstellung. Aber wir vermissen in der deutschnationalen Landbündlerische jede Mitteilung über den wirklichen Stand bei der Ostpreussischen Landesbank, die nicht nur unter Aufsicht, sondern unter aktiver Beteiligung des deutschnationalen Landeshauptmanns v. Brünnel steht!

Die Hege in Nordhausen.

Seit mehr als drei Monaten treibt das Organ des Landbundes, des Ordnungsbunds und der Vaterländischen Verbände in Nordhausen, die „Nordhäuser Allgemeine Zeitung“, eine wüste Hege gegen den sozialdemokratischen Landrat Knodt. Nordhausen. Schon die Ernennung löste in diesen Kreisen ein Wutgeschrei aus. Trotzdem sich Landrat Knodt in direkter Vorbildlicher Weise auf Grund persönlicher Kenntnis der Landwirtschaft für ihre Interessen eingesetzt hat und stets eine Politik der Versöhnung und der Ausgleichung der Gegensätze trieb, hat dieses saubere Blatt und sein Kreis seit zwei Jahren nichts unterlassen, die Autorität des Landrats zu untergraben. Als gar der Landrat auch noch aktiv in den Reichstagswahlkampf eingriff und sich im Gau Nordhausen bei der Gründung des Reichsbanners an dessen Spitze stellte, hatten seine Gegner nur noch ein Ziel, den Sturz des Landrats zu erreichen.

Durch Vertrauensbruch eines völkischen Kreis- auschlussmitgliedes waren die Gegner in den Besitz des Protokolls anlässlich der Sparfassenrevision Mitte Juli gekommen. Die festgestellten Mängel und Verfehlungen einzelner Kassensammler wurden dem Landrat zugeschoben und eine infame Hege gegen ihn in Szene gesetzt. Die „Allgemeine Zeitung“ verstand es, fast die gesamte Reichspresse für den Kampf mobil zu machen. Landrat Knodt hat nun an Hand des Aktenmaterials nachgewiesen, daß sämtliche von den Gegnern erhobenen Vorwürfe bezüglich seiner Person un- wahr sind. Den Vorwurf der eigenmächtigen und leichtfertigen Kreditgewährung wies er zurück, indem er die Belege dafür, daß sämtliche Kreditgeschäfte den vorgeschriebenen verkürzten Instanzenweg gelaufen sind, der Untersuchungsbehörde vorlegte. Gerade der Landrat ist es gewesen, der stets auf Herbeischaffung der erforderlichen Sicherheiten drang und deswegen einen deutschnationalen Direktor berief. Leider war dieser der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen.

Weiter wird dem Landrat der Vorwurf gemacht, sich zur Beschaffung eines Dienstautos ein zinsfreies Darlehen von 5000 M. bei seiner Kreispartei genommen zu haben. Landrat Knodt hat den ordnungsmäßig herbeigeführten einstimmigen Beschluß des Vorstandes zur Aufnahme dieses Darlehens veröffentlicht und die Belege dafür erbracht, daß sein deutschnationaler Vorgänger von Pommer-Eiche zur Anschaffung des Dienstautos neben einem einmaligen Zuschuß von 3000 M. ein zinsfreies Darlehen von 2000 M. erhielt. Das zinsfreie Darlehen wurde Ende des Jahres 1920, nachdem der Landrat wegen seiner Stellungnahme zum Kapp-Putsch anderweitige Verwendung gefunden hatte, entwertet zurückgezahlt und der Wagen privat verkauft. Landrat Knodt hat dem Kreise für das Entgegenkommen der Kreispartei dankbar den Wagen zum Selbstkostenpreise angeboten. Die Rechtmäßigkeit der Erziehung des Wagens wurde von einer ganzen Anzahl Zeugen eindrucksvoll bezeugt.

Ueber die Gewährung eines Wechseldarlehens an eine jüdische Firma hat der deutschnationale Direktor der Kasse ausgefagt, daß ihm, dem deutschnationalen Kassendirektor, bei Unterbringung dieses Darlehens nur diese Möglichkeit gegeben war. Zu der Wechseltransaktion mit einer Berliner Firma hat selbst der Hauptgeschuldige ausgefagt, daß die Liebergabe der Wechsel zu getreuen Händen und die 50proz. Auszahlung dem Landrat nicht bekannt sein konnte.

Landrat Knodt hat gegen sich selbst eine Untersuchung beantragt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie, wie in ähnlichen Fällen auch, zu seinen Gunsten ausfallen wird. Damit ist aber

der Verleumdungsart ihr sonderes Handwerk nicht gelegt. Die systematische Hege wird hier wie andernorts weitergehen. Es fragt sich, ob es nicht eine Notwendigkeit ist, gesetzliche Sicherheiten zu schaffen, die den Beamten der Republik einen besseren Schutz gegen übermächtige und verleumdende Treiber bieten.

Der Kampf zwischen den Völkischen.

München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Ausschluß der Führer der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ Esser und Streicher aus der Ludendorff-Partei hat bereits zu öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen den Völkischen geführt, die zeigen, daß sich ein großer Teil der Völkischen nicht ohne weiteres den Befehlen Ludendorffs zu unterwerfen gedenkt. Nachdem bereits am Montagabend eine Sektion der Großdeutschen Volksgemeinschaft den Anschluß an die Ludendorff-Partei erst beschließen konnte, nachdem Esser nach stürmischen Auftritten mit seinem Verlangen den Saal verlassen hatte, kam es bei einer Versammlung der Großdeutschen Volksgemeinschaft am Dienstagabend im Bürgerbräusteller zu einem glatten Hiniauswurf der anwesenden Landtagsabgeordneten des Völkischen Blocks. Es waren dies Dr. Byttmann, Landgerichtsrat Dörfler, der bisherige Vizepräsident des Landtages, und Dr. Roth, der frühere Justizminister. Lediglich dem Reichstagsabgeordneten Feder wurde gestattet, zu sprechen, doch enthielt er sich wahrheitsgemäß jeder kritischen Stellungnahme und nahm nur zum Frieden. Esser selbst war nicht anwesend, weil er in Augsburg eine Versammlung abhielt. Die Gegnerschaft der Ludendorff-Partei richtete sich in erster Linie gegen die Mehrzahl der Abgeordneten des Völkischen Blocks im Landtag, von denen behauptet wird, daß sie unter falscher Vorpiegelung der völkischen Bestimmung sich ihre Mandate erschlichen hätten. Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, daß ein weiterer Verfall der völkischen Landtagsfraktion eintritt. Wie verlautet, wird demnächst auch Böhrner aus der Fraktion auscheiden, nachdem er schon seit längerer Zeit jede Betätigung für die Völkischen eingestellt und sich ganz der monarchistischen Politik des „Niesbacher Anzeigers“ verschrieben hat.

Er bleibt in Freiheit — selbstverständlich!

München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Durch das Erscheinen der Immunität der Reichstagsabgeordneten Ludendorff und Kohn, die sich bekanntlich öffentlich als die Führer des Frontbanns erklärt haben, ist nunmehr das Untersuchungsverfahren auch auf diese beiden ausgedehnt worden, gleichzeitig auch auf den Hauptredakteur des „Völkischen Kurier“, den ehemaligen Hauptmann Weiß. Die ersten Vernehmungen haben bereits stattgefunden. Die Ausdehnung der Untersuchungsmaßnahme auf Ludendorff, Kohn und Weiß steht nicht in Aussicht. Im Gegenteil, nachdem bereits am Montag vier der in Untersuchungshaft gehaltenen Organisationsleiter des Frontbanns entlassen wurden, wird am heutigen Dienstag auch noch Oberleutnant Bräuner entlassen, während als einziger zunächst noch Oswald in Haft bleibt. Die Gründe für die Aufhebung der Untersuchungsmaßnahme werden darin erblickt, daß die Vernehmungen im allgemeinen abgeschlossen sind und auch keine Verdunkelungs- und Fluchtgefahr besteht.

Die deutschnationalen Kandidaten in Berlin

Die Liste der Reinsager.

Die Deutschnationalen haben die Spitzenkandidaten für ihre Berliner Liste festgelegt. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ beginnt die Liste: Oberregierungsrat Lauerrenz, Bürgermeister Berndt, Obermeister Baeth, Fräulein Dietrich-Wilke, Scheibel, Lauerrenz und Berndt haben am 29. August mit Reins gestimmt, ebenso der dritte Berliner Abgeordnete der Deutschnationalen, Wischnowski. In dessen Stelle erscheint Obermeister Baeth, Wischnowski kandidiert auf der deutschnationalen Liste für die Sondtagswahlen.

Arbeitsminister Brauns warnte auf dem Zentrumsparteitag vor „sozialreaktionärer“ und nicht vor „sozialdemokratischer“ Entwicklung, wie es irrtümlich in unserer heutigen Morgenausgabe heißt.

Joh. Jacobys Büste und Beispiel.

Von H. Dietmann.

Königsberger Blätter berichten über einen Wüstermann der reaktionären Stadtverordnetenversammlung, der abgelehnt wurde und den Urhebern eine große Scham einbrachte, immerhin aber noch nicht als der letzte Versuch dieser Art anzusehen ist. Es handelte sich um die Büste des großen Königsberger Demokraten Joh. Jacoby, die seit der Umwidmung im Sitzungssaal des Rathauses aufgestellt ist und durch deren Gegenwart sich die Nationalisten so bedrängt fühlen, daß sie nach dem Hausfriede rufen. Die Büste hat bereits ihre Geschichte. Als nach dem Tode Jacobys der Wunsch laut wurde, die Büste des Verstorbenen der Nachwelt zu überliefern, übernahm Meister Siemerling selbst ein Königsberger, diese Aufgabe. Bereits im Jahre 1906 hatte die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlaments den Antrag gestellt, der Büste einen Ehrenplatz anzuweisen, war aber nicht durchgedrungen. Die Büste blieb bis 1918 mit anderen Werken Siemerlings in einem Museum aufgestellt.

Man kann der Königsberger Reaktion nur dankbar sein, daß sie jetzt vor den Wahlen die Aufmerksamkeit auf das Wirken dieses einseitigen Mannes lenkt und damit den Erben seiner republikanischen und demokratischen Ideen Munition für den Wahlkampf liefert. Dem das Beispiel dieses alten 48er Demokraten kann nur befeuern, überzeugend, steigernd wirken. Was dem deutschen Bürgertum immer gefehlt hat, und was allein ihm die Früchte der 48er Revolution hätte sichern können, das besaß Jacoby: Mut, Charakter und Einsicht.

Seit dem Erscheinen der „Vier Fragen, Beantwortet von einem Ostpreußen“, worin er Friedrich Wilhelm IV. an das gegebene und nicht gehaltene Verfassungsversprechen erinnerte, hat Jacoby in zahlreichen Prozeduren wegen „Hochverrats“ vor Gerichtsaal zu Gerichtssaal wandern müssen, immer umgeben, wenn verurteilt und in den Revisionsinstanzen immer den Freispruch erkämpfend. Unbekannt ist die zum gestülpten Wort gewordene Wendung, mit der er den verstorbenen preussischen König nach einer ergebnislosen Aussprache verließ: „Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen.“

Bei den jüngsten Debatten des Königsberger Stadtparlaments ist auch der alte Bodenwüter wieder hervorgeholt worden, der bezogen soll, Jacoby habe in der polnischen und elsass-lothringischen Frage „auf Seiten der Gegner des Deutschtums gestanden“. Kann der Schwindel höher getrieben werden? Jacoby hat gerade in diesen Fragen die höchste Einsicht bewiesen, und die Geschichte hat seinen Prinzipien recht gegeben. Was ist die Wahrheit zunächst über Polen? Jacoby gehörte als Mitglied des Frankfurter Parlaments und später der Nationalversammlung der republikanisch-großdeutschen Einigen an, die gegen den Eintritt der Abgeordneten

aus Posen dem ehemaligen Großherzogtum, späteren Provinz Posen) Einspruch erhob. In den Ausschluß Danzigs, Westpreußens und Oberschlesiens ist nicht im geringsten gebacht worden. Im Gegenteil wäre die untrennbare Einigung dieser Landesanteile die deutsche Befestigung gesichert gewesen, wenn der Wille Jacobys und der Linken abgelehnt hätte. Dem, hätte der polenpolitische Brocken nicht so unvorstellbar hart dem preussischen Adler im Magen gelegen, so hätte sich die Assimilierung des gemischt-sprachigen westpreussischen Korridorgebietes durch die Entwaldung und ohne Gewaltanwendung erzielen lassen und die Abtrennung Ostpreußens, Jacobys Heimat, wäre verhindert worden.

Ganz ähnlich verhält es sich mit Jacobys Stellungnahme in der elsass-lothringischen Frage nach der Befestigung Napoleons III. im Jahre 1870, also nach Beilegung des Hauptstübenrisikos der deutschen Einheit, widersprach Jacoby der Weiterführung des Krieges gegen das republikanische Frankreich mit dem Ziel der gewaltsamen Wiedereroberung Elsass-Lothringens, einmal, weil feststand, daß diese Annexion oder Reannexion gegen den Willen der elsässischen Bevölkerung erfolgte und zum andern, weil sie den Keim künftiger Kriege in sich schloß. Die Geschichte hat die Richtigkeit des Jacobyschen Standpunkts, dem sich bekanntlich auch Bebel und Dietrich angegeschlossen haben, bestätigt. Wie wenig dieser Standpunkt mit Antideutschtum zu tun hat, geht deutlich aus der Feststellung des alldeutschen Geschichtsprofessors Dietrich Schäfer hervor, wonach das Elsass 1870 (also zu französischer Zeit) in Sprache und Kultur deutscher war als nach 40 Jahren preussisch-deutscher Verwaltung im Jahre 1910. Auch Bismarck hat bekanntlich den protestierenden elsässischen Abgeordneten einmal zynisch geantwortet, er habe sie nicht wegen ihrer deutschen Sprache und Vergangenheit zurückgenommen, sondern um ein Glacis zu haben gegen den aggressivsten Erbfeind. Also das Deutschtum der elsässischen Bevölkerung war den Eroberern völlig wurst.

Jacoby hat sich bekanntlich noch am Ende seines Lebens der Sozialdemokratie angeschlossen, da er an der politischen Befundung des Bürgerturns verzweifelte. Möge der Geist des leidenschaftlichen Kämpfers über der Wahlschicht schweben, um Demokratie und Sozialismus im deutschen Volke zum Siege zu führen.

Das Lächeln der Frau Staatsanwältin. Von Robert Götzsch, dem leitenden Redakteur der „Dresdner Volkszeitung“, dessen dramatische Erstling „Hederspoths Erben“ auf vielen deutschen Bühnen mit großem Erfolg gegeben worden ist, hat das Neue Theater in Dresden eine jüngere Komödie, „Das Lächeln der Frau Staatsanwältin“, herausgebracht. Der Frau Staatsanwältin Remus, die ihren Mann zu seiner einklaglichen Stellung emporgeschleppt hat, ist ihr Sohn und damit ihr Leben abhandelt, gesammelt, wie sie glaubt, mit einer Schatulle, die ihr nichts aus dem Schatzkammer geflohen wurde. Eisel, wie sie ist, hat sie ihren kleinen Schönheitsfehler dem Manne verheimlicht; um die Ent-

deckung auch weiterhin zu verhüten, versucht sie die gewogsten Mittel, bis sich schließlich herausstellt, daß ihr Spiel überflüssig war, da der Zahn sich längst an anderem Ort gefunden hat. Die Suche nach der Schatulle führt zu sehr komischen Situationen, die ihren Höhepunkt erreichen, als der schwere Junge Plattenphine, der in der Umgebung einen Bankendiebstahl verübt hat, sich als Schatullendieb meldet, um sich damit ein falsches Alibi zu verschaffen, und vor dem Staatsanwalt mit der Waise Frau Kästner, der Mutter des wirklichen Diebes, in ein heftiges Wortgefecht um die Schuld gerät. Das Stück enthält mancherlei pitte Ausfälle gegen die Beförderungspolitik in der höheren Beamenschaft auch gegen jene Vertreter der Staatsrechtspflege, die in „schneidigen“ Vorgehen gegen die Verbrecher die sicherste Garantie für deren Besserung sehen. Obgleich die Besetzung der Rollen im Neuen Theater nicht dutzweg glücklich war, hatte die Komödie beim Publikum doch einen starken Heiterkeitserfolg.

Aus dem englischen Wahlkampf. Im „Daily Herald“, der einzigen Tageszeitung der britischen Arbeiterschaft, meldete sich gestern Sonnabend eine „Stimme aus dem Gefängnis“ und sprach also:

„Ich bitte die Geistlichen, zu arrangieren, daß bei den morgigen Gottesdiensten in den Kirchen die Hymne Nr. 439 gesungen wird, in der es heißt:

Der Gottessohn geht in den Krieg.

Die Königskrone zu gewinnen.

Sein blutrot Banner kündigt Sieg!

Wer folgt ihm mit frischen Sinnen? —

Vermutlich soll das auf MacDonald und den erwarteten Wahlsieg der Arbeiterpartei anspielen. Die englischen Sozialisten und Arbeiterführer sind sehr vorsichtig, die christlichen Gefühle vieler ihrer Wähler nicht zu verletzen und appellieren selbst im Namen der Arbeit und des Sozialismus an solche Gefühle.

Die Deutsche Hochschule für Politik hat wieder ihre Vorlesungen des Wintersemesters begonnen. Neben einer Reihe grundlegender Vorlesungen (Lehrbuch der Politik, Dr. Wilhelm Haas; Vergleichende Verfassungslehre, Reichsminister Prof. Dr. Preuss; Geopolitik, Dr. A. Grabow) sind in Vordergrund die mit der außenpolitischen Entwicklung zusammenhängenden Fragen. Gouverneur z. B. Dr. Schaefer behandelt die deutsche Außenpolitik, Ministerialdirektor Dr. Schäfer das Reparationsproblem, Staatssekretär z. B. Prof. Dietrich die neuen Aufgaben der Wirtschaftspolitik (Handelsverträge). Es folgten sich an eine Reihe von Vorlesungen über Russland, Frankreich und Amerika, über Verfassung und Parteien, über Wirtschaftspolitik und Eingangsprobleme der Sozialpolitik. — Die Stundenpläne sind im Sekretariat der Hochschule für Politik, Schinkelplatz 6 (10. 30 Pf.) zu beziehen.

Das Kulturamt der Studentenschaft der Charlottenburger Hochschule veranstaltet diesen Winter Vorträge und Konzerte in der Aula. Heute abend 8 Uhr findet ein Streichquartett-Wand (mit dem Priska-Streichquartett) statt.

Im Lessingmuseum spricht Donnerstags 8 Uhr Curt Hoyer über Friedrich Nietzsche zu dessen 50. Geburtstag. Franz Conrad Doretz regiert Nietzsche Vorlesungen.

Wiener Kunstschau. In den Wiener Buchhandlungen wurde das große Wappentafel des Berliner Malers Georges Grosz homo be- schlagunahmt.

Ein preussisches Städtebaugesetz.

Lockerung der Großstädte.

Die Wohnungsfrage, eine der Schicksalsfragen des deutschen Volkes, wird im Laufe des nächsten Jahres für das wirtschaftliche und soziale Leben Deutschlands ganz besondere Bedeutung haben. In gewerkschaftlichen Kreisen rechnet man damit, daß das Baugesetz im kommenden Frühjahr eine Belebung erfahren wird, wie sie seit langem nicht mehr da war. Man führt diese Annahme darauf zurück, daß das Haupthindernis für die Belebung der Wirtschaft, die Beschaffung, schon jetzt Anlässe zur Besserung zeigt. So erfolgen z. B. bereits Millionenangebote für Hypotheken zu 6 Proz.

Unter diesen Umständen ist das gegenwärtig von Preußen vorbereitete Städtebaugesetz bedeutungsvoll. Es dürfte für die übrigen deutschen Länder in der Belohnung der sozialen und kulturellen Gesichtspunkte bei der Bautätigkeit vorbildlich sein. Seine Bearbeitung erfolgt zurzeit im preussischen Wohnsachministerium.

Das Gesetz versucht eine Auflockerung des Stadtbildes und eine Entlastung der Wohnzentren der Großstädte herbeizuführen. Das Gesetz will dafür sorgen, daß im Weichbild der Städte nach volkswirtschaftlichen, kulturell-ästhetischen und hygienischen Gesichtspunkten gebaut und gestaltet wird. Es dürfen nicht mehr wie bisher landwirtschaftliche Betriebe, Fabriken, Wohnungen und Verkehrsanlagen planlos ineinander vermengt werden. Die nur auf hohen Profit abzielenden rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte sollen bei der Ausschließung des Baugeländes nicht mehr entscheiden, ob und wie hier ein Wohnhaus und dort eine Fabrik gebaut wird. Es ist ferner Vorsorge getroffen, daß planmäßig aufgestellte große Ausschließungs- und Bekannungspläne der Gemeinden die Baugliederung im Weichbild der Städte bestimmen, landwirtschaftlich genutzte Bezirke, Industriegebiete, Flächen für Wohnhäuser, Gärten und Sportplätze abgrenzen, um die Siedlungen der neuen Flachhäuser, die an die Stelle der früheren Mietskasernen treten sollen, Gürtel von Gärten und Ackerland, Rasenflächen und Parkgebiete gezogen werden. In der Nähe der Großstadt entsteht so eine Art Kleinstadt, in die vor allem die Bevölkerung der Hinterhäuser abströmen wird. Das Gesetz wird den Gemeinden und Gemeindeverbänden unter Abgrenzung der Kompetenzen die notwendigen Handhaben geben, um die Durchführung der großen Siedlungs- und Bekannungspläne gegenüber den Interessentengruppen zu erwirken.

Es handelt sich hier um eine Frage, die die Lebensinteressen des Großstadtproletariats berührt. Es gilt, bei den kommenden Wahlen dafür zu sorgen, daß in der neuen Bauperiode vor allem für die Wohnungslosen, für das Proletariat gebaut wird. Wohl hat Berlin z. B., wie wir erfahren, den bedeutenden Beschluß gefaßt, daß das Hinterhaus als Wohnung verschwinden soll, und keine neuen Wohnhinterhäuser geschaffen werden dürfen. Allein erst ein starker Erfolg der deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, bei den Wahlen wird dafür sorgen, daß nach dem Muster der von Sozialdemokraten geleiteten Baugenossenschaften durch die Bereitstellung von Hypotheken wünschenswert bis zu 90 Proz. der Baukosten auch Häuser für das Proletariat geschaffen werden, in die dann die Abwanderung aus den Hinterhäusern erfolgen kann.

Erst durch die Lösung der Wohnungsfrage wird auch der Achtstundentag seine volle Wirkung für die geistige und soziale Hebung des Proletariats entfalten können. Sind doch mit der Einführung des Achtstundentages in Paris nicht weniger als 300 000 Arbeiter nach den Vorstädten abgewandert, um sich dort kleine Häuser zu kaufen oder zu bauen.

Der Schnaps ist wieder da!

Aber mit kommunistischer Marke.

Aus Rostau wird uns geschrieben:

Genau zehn Jahre nach der Einstellung des Schnapsvertriebes in Rußland nahm die kommunistische Sowjetregierung den öffentlichen Verkauf des Branntweins wieder auf. Eines schönen Tages bemerkte man vor den Türen der staatlichen Spiritusbrennereien endlose Reihen von Personen, die sich angefüllt hatten, um echten staatlichen Branntwein zu erlangen. In den Reihen der Wartenden, die hauptsächlich aus Arbeitern, Handwerkern und Beamten bestanden, konnte man die merkwürdigsten Szenen beobachten. So sah man einen Bauern nach dem anderen nach einigen Stunden des Wartens mit glücklichem Lächeln aus dem Laden treten, und die wohlbekannten, hellgrünen Einheits auf den Schnapsflaschen lässeln. Die Unterhaltungen in den Reihen der Wartenden waren derart, daß die westeuropäischen Kommunisten sehr viel aus ihnen lernen könnten — wenn sie die Fähigkeit dazu hätten!

In den Reihen der kommunistischen Mitgliedschaften, die durch die Wiedereinführung des staatlichen Schnapsverkaufs überrascht waren, konnte man eine starke Betrübnis und Verwirrung beobachten. Einige Tage später verschwanden die „Schlangen“ vor den Branntweinfläden. Es erwies sich, daß der Schnaps weder nach seiner Stärke (24 Grad) noch nach seinem Preis (1,50 Rubel die Flasche) mit dem selbstgebrannten Schnaps zu konkurrieren vermog. Gegenwärtig wird der Schnaps nicht nur in allen Weinhandlungen, sondern auch in den Restaurants und Wirtschaften verkauft. Die Nachfrage ist allerdings verhältnismäßig gering. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die jetzigen „Defekte“ des kommunistischen Schnapses (geringer Stärkegrad und hoher Preis) sehr bald verschwinden, und daß der staatliche Schnaps den selbstgebrannten aus dem Felde schlagen wird.

Kommunistische Konzessionspolitik.

Auch die belgischen Kapitalisten sollen ihre Betriebe wiedererlangen.

London, 29. Oktober. (W.T.B.) „Daily Telegraph“ berichtet aus Brüssel, daß vier Delegierte der Sowjetregierung (soeben in Belgien eingetroffen) und in Verhandlungen mit den führenden Industriellen geirret seien, denen sie versicherten, daß im Falle einer sofortigen Wiederaufnahme ihrer Betriebe ihnen die Wiedererlangung ihres gesamten Fabrikeigentums garantiert werden würde. Die Sowjetregierung würde auch die Mittel zur Inbetriebsetzung der Fabriken vorstrecken und sich mit einem gewissen Prozentsatz des Reingewinns begnügen. Die belgischen Industriellen hätten den Wunsch ausgedrückt, daß in erster Linie eine Vereinbarung mit der belgischen Regierung erzielt werden sollte.

Ein vernünftiger Beschluß. Der Verkehrsminister der Wiener Handelskammer hat beschlossen, einen Antrag zu stellen auf gänzliche Abschaffung des Rahmsystems gegenüber allen Staaten Europas, mit Ausnahme Rußlands und seiner Randstaaten, sowie auf Verzicht auf die Grenzübertrittsgebühren.

Die erste Spielwarenschau.

Der Weg bis Weihnachten ist noch weit durch viele Wochen, und der Winter mit Räte läßt hoffentlich noch lange auf sich warten. In den Warenhäusern bei Tiege aber ist bereits Weihnachtsstimmung. Kinder an der Hand von Eltern, die bewundernd durch die Spielwarenausstellungen wandern, geben bereits ein durchaus weihnachtliches Bild. Diese erste Spielwarenschau ist nun aber wirklich etwas ganz anderes und etwas ganz neues auf dem Gebiet der Ausstellung von Spielwaren, und ist Kultur und Kulturhistorisches zugleich.

Aus dem Erzgebirge, dem typischen Land der Spielzeugverfertiger, sind Männer, Frauen und Kinder nach Berlin gekommen, wo sie im Warenhaus in der Leipziger Straße gewissermaßen angeordnet werden und vor den Augen des erstaunten und interessierten Publikums die Spielwaren anfertigen. Man kann hier den Werdegang eines Spielzeugs vom Baumstamm bis zur Vollendung verfolgen. Es ist erstaunlich und wahrhaft verblüffend, wie schnell, wie einfach und mit wie wenigen Handgriffen nur aus einem Stückchen Holz ein Schiffschen, ein Bäumchen, ein Häuschen oder ein Püppchen entsteht. Nicht nur die Erwachsenen schauen verwundert auf die Herstellung des Spielzeugs, auch die Kinder befinden sich wie im Märchen, wenn sie sehen, wie aus dem Nichts in ganz kurzer Zeit ein zierliches kleines Spielzeug wird. Und als Volksspielzeug kann man alle diese tausend Sachen und Säckchen ansprechen. Denn diese Bäumchen und Häuschen und Püppchen, diese feinen und zierlichen Flugzeuge, Schaufeln und anderer Land sind für 10 und 20 Pfennig das Stück zu kaufen. Freilich, ein teurerer Nebengeschmack ist dabei, und ein recht tröstlicher Gedanke. Was verdient der Arbeiter und die Arbeiterin? Unwillkürlich schweiften die Blicke nach jenen arbeitslosen Hütten im Erzgebirge, wo ärmste unserer Volksgenossen jahraus, jahrein in niedrigen Hütten sitzen und für ein paar Pfennige all die taubend zierlichen Schöpfen.

Die Spielwarenschau ist in witzigster Weise dekorativ aufgemacht. In dem Hauptraum im dritten Stock stehen überlebensgroße Engelsfiguren, als wächten sie über all den Schöpfen, und an den Seiten sind, sehr hübsch aufgebaut und plastisch herausgebildet, Szenen aus dem deutschen Märchen hingestellt. Daneben steht man in Schränken Arbeiten aus den Staatsfachschulen in Grünhainichen und Seiffen im Erzgebirge, in denen unter Leitung von Professor Seiffert in Grünhainichen Spielwaren gefertigt werden. In einem anderen Schrank wieder stehen die Spielsachen, steht sogenanntes Volkskunstspielzeug aus dem Spielwarenmuseum der Staatsfachschule in Grünhainichen, und der Beobachter von Kunsthistorischem kann hier interessante Vergleiche mit dem Heute anstellen. Die Spielwarenschau bleibt vierzehn Tage aufgestellt.

Das Rundfunkjubiläum.

Anlässlich des einjährigen Bestehens des ersten Berliner Rundfunksenders hatte der Reichsfunfverband, der die deutschen Rundfunkgesellschaften in sich vereinigt, zu einer Tagung im Herrenhaus geladen. Die Behörden, so das Reichsministerium des Innern, das Auswärtige Amt, das Reichspostministerium, das Telegraphenamt, die Reichsminister des Reichsministeriums des Innern, das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, waren auf dieser Tagung vertreten. In einer Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende des Reichsfunfverbandes, Dr. Bok, darauf hin, daß in Zukunft Mittel aus den Ueberschüssen des Verbandes zu Forschungszwecken und zur Errichtung einer Rundfunkvolkshochschule hergegeben werden. Die Schule soll nach dem Förderer des Rundfunkwesens, dem Staatssekretär Dr. Bredow benannt werden. In einer weiteren Ansprache dankte der Ehrenvorsitzende der Tagung, Dr. Bredow, für diese Ehrung und würdigte eingehend die Bedeutung des Rundfunfs. Heute haben wir im Reichsministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 120 000 Rundfunfteilnehmer sind. Die deutschen Sender werden in einem großen Teil Europas gehört. Auch die Güte der deutschen Uebersetzung wird von ausländischen Fachleuten als technisch hervorragend bezeichnet. Mit einem gewissen Humor konnte der Redner feststellen, daß die meisten früheren Gegner des Rundfunfs jetzt wertvolle Mitarbeiter geworden sind. Im weiteren Verlauf seines Referats streifte Dr. Bredow auch die Programmfrage. Die Zusammenstellung ist eine äußerst schwierige und daher ist es auch unmöglich, ein allen Teilnehmern zusagendes Programm zu schaffen. Aufgabe der Sendegesellschaften müßte es sein, den Bedürfniswünschen etwas zu bieten, die nicht in der Lage sind, sich anregende Unterhaltung auf andere Weise zu verschaffen. Der Rundfunf kann nur bestehen, wenn er auf streng partieller Grundlage betrieben wird. Am Schluß seiner Ausführungen verbreitete sich Dr. Bredow noch über Verbesserungen der Sender und der Empfangsgeräte. Auch ein ständiger Programmaustausch ist geplant. Nach weiteren Referaten von Professor Reichhäuser, der über die Technik des Rundfunfs sprach, Dr. Hängschel, der die Bedeutung des Rundfunfs hervorhob, und Hans Bodenstedt, der die Volksecke im Rundfunf schilderte, erwiderte die Tagung ihr Ende.

Die Pferde im Hafensassin.

Ein schwieriges Reitkunstwerk vollbrachte die Zugwache 9 am Hafensassin, wo zwei Pferde in den Hafen gestürzt waren. Mit vieler Mühe gelang es, die beiden Tiere aus dem Wasser herauszuholen. — Heute früh um 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Sassenassin, Ecke Königsberg, alarmiert. Dort war eine Frau von der Straßenbahn überfahren und konnte nur als Leiche hervorgezogen werden. Ein zweiter Straßenbahnunfall, der glimpflicher abläuft, veranlaßte das Ausrücken der Wehre nach der Reihstraße 13. Wegen eines Lichtereibrandes wurde die Wehre in der vergangenen Nacht nach der Turnstraße 68 und wegen eines Feuers in einer Klempnerei nach der Friedrich-Karl-Straße 29 in Nichtenberg gerufen. Steglitzer Straße 40 brannte ein Stallgebäude, Bartelstraße 15 das Dach und Wendelsohnstraße 17 Späne usw.

Ein Dieb in den Krankenhäusern.

Auf die Arztzimmer und Operationssäle Berliner Krankenhäuser hatte ein Dieb abgesehen. Der schon seit längerer Zeit sein Unwesen trieb. Er verschaffte sich Zutritt in diese Räume und stahl ärztliche Instrumente, Bekleidungsstücke und Ueberschieber der Ärzte. Vorgefunden wurde er in der Charité von einem Arzt übertrast und festgenommen, als er wieder einen Mantel gestohlen hatte. Der Ergappte ist ein 19 Jahre alter Walter Stenzer aus der Brunnenstraße, der früher auf dem Lande arbeitete, sich seit Juni d. J. aber in Berlin aufhielt und von Diebstählen lebte. Er gibt zu, einen Teil der gestohlenen Sachen, die er hier noch nicht verkaufen konnte, vorläufig nach der Provinz geschickt und dort untergestellt zu haben.

Die verführerischen Dollarbriefe.

Ende August d. J. unterlag ein Postausbehalter Bornsheim auf einem Postamt in Charlottenburg Einschreibebriefe aus Amerika, die in den meisten Fällen mehr oder minder großen Dollarerlöse hatten. Auch selbst er Funfgebühren, die er einzuziehen hatte nicht ab. Als er so glaubte, eine genügend große Summe beisammen zu haben, flüchtete er. Der Umfang seiner Unterschlagungen konnte bis jetzt, da es sich um Amerikabriefe

handelte, noch nicht genau festgestellt werden. Er selbst trieb sich nach seiner Flucht am Bahnhof Grunewald in Eichtamp herum. Als man ihm dort auf die Spur kam, fuhr er nach Schleifen, wo er in seinem Heimatsdorf eine Braut hatte. Aber auch hier war seines Bleibens nicht lange. Er zog mit seiner Geliebten nach Breslau. Hier endlich ist es gelungen, auf die Ausschreibungen der Kriminalpolizei hin, den Ungetreuen zu verhaften. Trotz der gemiß großen Summe, die er erbeutet hat, war in den jungen Haushalt wieder Rot und Glend eingezogen. Ein anderer Postbeamter Oskar Winter aus der Postverteilung unterschlug bei seinem Amt ebenfalls Briefe, in denen er Geld vermuete. Doch seine Untreue wurde sofort entdeckt und er selbst verhaftet.

Aus der kommunalen Arbeiterfürsorge.

Im Verwaltungsbezirk Wedding wurde das Arbeitsamt von Mitgliedern der Berliner Gewerkschaftskommission besucht. Die Gäste wollten hauptsächlich eine für Schöpfung der Erwerbslosenfürsorge geschaffene besondere Fürsorgeeinrichtung kennen lernen, eine dort vor kurzem eröffnete Schuhreparaturwerkstätte. An der Besichtigung nahmen auch Mitglieder des Bezirksamtes Wedding teil, unter ihnen Bürgermeister Genosse Leid. Der Dezernent des Arbeitsamtes Wedding, Stadtrat Genosse Fabianke, übernahm die Führung der Besucher.

Das Arbeitsamt Wedding benutzt auf dem Grundstück Pantstraße 47 ein leer gemordenes Schulhaus. In ihm sind die Büros der Erwerbslosenfürsorge für Wedding untergebracht, dazu das Berufsamt Nord, das die Verwaltungsbezirke Wedding, Rankow und Reinickendorf versorgt, und nun auch die Schuhreparaturwerkstätte. Einen kurzen Besuch machten die Gäste zunächst dem Berufsamt. Hier wird den aus der Schule zu entlassenden Kindern und ihren Eltern der nötige Rat darüber erteilt, welchen Beruf der Junge oder das Mädchen bei möglicher Berücksichtigung der Fähigkeiten, der Reigung, des Gesundheitszustandes usw. ergreifen könnte. Die Räume des Berufsamtes — ein kleiner Raum für Anmeldung und Aufnahme, getrennte Warterräume für Knaben und Mädchen, ein paar Zimmer für die Berufsberater — sind in notgedrungenen Schlichtheit hergerichtet. Man hat sich aber bemüht, ein freundlicheres Aussehen besonders den Zimmern für die Berufsberatung zu geben, in denen die Kinder allein oder von ihren Eltern begleitet dem Berufsberater ihre Wünsche vortragen und er mit ihnen die Möglichkeit der Wahl des einen der des anderen Berufes eingehend und sorgsam bespricht. Seit Mai dieses Jahres hat das Bezirksamt Nord rund 200 Knaben und 100 Mädchen untergebracht. Zu wünschen ist, daß alle Eltern der vor der Berufswahl stehenden Kinder das Berufsamt vertrauensvoll in Anspruch nehmen.

Die Mitglieder der Gewerkschaftskommission besichtigten dann die Schuhreparaturwerkstätte. Dieses Unternehmen soll in doppelter Hinsicht den Erwerbslosen zugute kommen. Es bietet die Möglichkeit, einige der arbeitslosen Schuhmacher des Bezirks zu beschäftigen, bis sie wieder Arbeit in einer privaten Werkstätte finden können. Sie werden in der kommunalen Werkstätte nicht als sogenannte „Pflichtarbeiter“, sondern als Rotstandsarbeiter in täglich selbstständiger Arbeit beschäftigt und erhalten einen dementsprechenden Lohn. Diese Werkstätte soll aber auch für Erwerbslose eine Stelle sein, an der sie ihr zerklüftes Schuhwerk bei billiger Preisberechnung ausbessern lassen können. Sie nimmt nur Schuhwerk von Erwerbslosen an, die zum Bezirk Wedding gehören und hier Erwerbslosenunterstützung beziehen oder schon „ausgesteuert“ sind. Wie schon diese Einrichtung wirkt, zeigt eine Angabe über ihren bisherigen Betrieb. Die Werkstätte besteht erst seit vier Wochen, arbeitet mit vier Gesellen und hat bereits über 400 Paar Stiefel und Schuhe repariert. Das Schuhwerk dieser Erwerbslosen ist so abgeriffen, daß es ihnen fast von den Füßen fällt. So manches Paar Stiefel, das kein privater Schuhmacher mehr annehmen wollte, wurde in der kommunalen Werkstätte nach in sorgsamste Behandlung genommen. Unter der kundigen Leitung des fachlichen Meisters Hildebrand werden hier von tüchtigen Gesellen oft Wunderwerke der Schuhreparatur zustande gebracht. Manchem Erwerbslosen, dem endlich wieder eine Arbeitsstelle nachgewiesen werden konnte, wurde erst durch die Reparatur seiner nötigen zerriffenen Stiefel ermöglicht, die Stelle zu übernehmen. Die Werkstätte hat die nötigsten Maschinen und verarbeitet nur bestes Kennleder. Sie nimmt ungewöhnlich niedrige Preise, weil sie nur die Selbstkosten aus Materialien und Löhnen berechnet.

Die soziale Fürsorge, die mit diesem Unternehmen geleistet wird, fand den Beifall der Besucher.

Strassenbahnmonatsfaktien und Wertmarken für November werden vom 27. Oktober d. J. ab ausgegeben. Die Hauptausgabestelle, Leipziger Platz 14, ist werktäglich von 9—4 Uhr, Sonnabends von 9—11 Uhr und am ersten, zweiten, vierten und letzten Werktag im Monat von 8—6 Uhr geöffnet. Der Verkauf von Wertmarken findet auch statt auf allen Betriebsbahnhöfen bis zum 7. des folgenden Monats werktäglich von 8—4 Uhr, am ersten, zweiten, vierten und letzten Werktag im Monat von 8—6 Uhr, außerdem in den bekannten Geschäftsstellen. Die Firma S. Jandori u. Co. hat den Verkauf von Wertmarken in allen ihren Geschäftsstellen und im Kaufhaus des Westens wieder übernommen.

Gebühren für Fundfäden. Die wir vom Polizeipräsidium erfahren, werden neuerdings bei der Aushändigung von Fundfäden durch die Polizeireviere Verwaltungsgebühren erhoben. Dieselben betragen bei einer Fundfaden im Werte von 5 bis 50 Mt. 1 Mt., bei einer solchen im Werte von 51 bis 100 Mt. 2 Mt. und bei über 100 Mt. 3 Proz. des abgeschätzten Wertes.

Opfer der Arbeit. Der 28 jährige Wilhelm Knorr aus der Seeburger Str. 5 zu Spandau war auf einem Neubau auf dem Gelände der Margarinfabrik in Haselhorst beschäftigt. Er stürzte aus der Höhe von 9 Metern vom Gerüst ab, fiel auf das Zementpflaster des Hofes und zog sich Schädel-, Becken- und Beinbrüche und innere Verletzungen zu. Im Spandauer Krankenhaus starb er bald nach der Entlieferung.

Das Ende einer Reise. Auf dem Bahsteig wurde gestern nachmittags auf dem Hauptbahnhof in Spandau ein 58 Jahre alter Arbeiter Johann Pau vom Tode überrascht. Er wollte mit seinen drei Kindern von Hamm i. B. nach der Ukraine übersiedeln. Er brach plötzlich zusammen und starb, wie der Bahnarzt feststellte, an Herzschlag. Die Kinder wurden mit ihrer Habe nach dem katholischen Schwesternheim in Beelitz gebracht.

Landgerichtspräsident Gen. Kuben spricht heute abend 8 Uhr im Saal von Rehm in Berlin-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 23/24 in einer vom Reichs- und Deutschen Mieterverbanden veranstalteten öffentlichen Protestversammlung über das Thema: „Schutz des Mieterhauf.“ Auch am Donnerstag behandelt Gen. Kuben ebenfalls in einer öffentlichen Protestversammlung in Reinickendorf-Beck (Vofal: Hermanns Brauerei Schornsteindamm 104) dieses Thema. Beginn 7 1/2 Uhr.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind an das Bezirkssekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 1, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

Jungseparaten, Gruppe Charlottenburg. Mittwoch, 26. Oktober: Diskussionsabend im Heim der Arbeiterjugend, Köpenickerstraße. — Freitag, 27. Oktober: Abend: Vortrag über Ernst Toller.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Unbeständig mit, größtenteils bewölkt mit Neigung zu weiteren Regenfällen. — Deutschland: Ueberall Fortdauer der winterregnerischen Witterung.

Gewerkschaftsbewegung

Gegen Gewerkschaft und Betriebsrat. Der schneidige Inspektor bei Gebr. Stollwerck.

Das arbeiterfeindliche Verhalten gewisser leitender Personen der Schokoladenfabrik von Gebrüder Stollwerck in der Chausseestraße erfuhr vor dem Gewerbegericht eine Beurteilung, die als moralische Beurteilung der betreffenden Personen angesehen werden muß. Der Hergang, der den Gegenstand des Prozesses bildet, ist folgender:

Aus Anlaß des kommunistischen Streiks im Herbst vorigen Jahres wurde der Betrieb stillgelegt. Dadurch erloschen die Mandate des damaligen Betriebsrats. Nach Wiedereröffnung des Betriebes wurde durch einen von der Betriebsleitung ernannten Wahlausschuß die Neuwahl des Betriebsrats in die Wege geleitet. Die Wahl fand im März dieses Jahres statt. Sie wurde wegen vorgekommener Unregelmäßigkeiten vom Gewerbegericht für ungültig erklärt. Dann wurde im Juli wieder eine Neuwahl des Betriebsrats vorgenommen, die ebenfalls von der Firma ernannte Wahlausschuß zu leiten hatte. Dem Wahlausschuß wurden zwei Kandidatenlisten eingereicht, und zwar eine Liste I von Mitgliedern der freien Gewerkschaft und eine Liste II von Gelehrten oder sonst der Betriebsleitung genehmen Bewerbern. Auf der Liste I standen als erste die Namen einer seit 16 Jahren in der Fabrik beschäftigten Vorarbeiterin und eines seit 2 1/2 Jahren beschäftigten Konditors. In dem Augenblick, wo die Liste I eingereicht war, wurde die Vorarbeiterin entlassen. Fünf Tage vor der Wahl erhielt auch der Konditor seine Entlassung. Bei der Wahl stimmten von rund 800 Wahlberechtigten 170 für die Liste I und 28 für die Liste II. Erst nach der Wahl wurde den Arbeitnehmern bekannt, daß der Wahlausschuß die Namen der beiden Entlassenen von der Liste I gestrichen hatte. Die Listenrevisoren klagten deshalb beim Gewerbegericht gegen den Wahlausschuß. Sie vertraten den Standpunkt, der Wahlausschuß sei nicht berechtigt gewesen, die beiden Namen zu streichen. Uebrigens sei die Streichung erst nach vollzogener Wahl erfolgt, so daß die beiden Entlassenen als gewählt zu betrachten seien. — Ein Mitglied des Wahlausschusses bejahte zwar, daß die beiden Namen vor der Wahl, aber erst einige Tage, nachdem die Listen zur Einsicht ausgelegt waren, gestrichen worden sind. — Da hiernach mindestens ein Teil der Wahlberechtigten keine Kenntnis von der Streichung erhalten hatte, erklärte das Gericht die Wahl des Betriebsrats für ungültig.

Im Anschluß an diesen Prozeß wurde eine Klage der beiden Entlassenen gegen die Firma Stollwerck verhandelt. Natürlich bestritt der Vertreter der Firma, daß die Kandidatur zum Betriebsrat oder die Vertretung gewerkschaftlicher Interessen die Ursache der Entlassung gewesen sei. Aber die von ihm angegebenen Entlassungsgründe waren so kleinlicher Natur, daß jeder unbefangene Zuhörer annehmen mußte, die Kläger sind in der Tat gemahregelt worden. Gegen die Vorarbeiterin wurde angeführt, sie habe sich manchmal von ihrem Arbeitsplatz entfernt, um — wie man glaubt — Verbandsbeiträge im Betriebe zu kassieren, was ihr schon öfter unterlag worden sei. Am folgenden Tage hat Inspektor Rind, der sich bei seiner Zeugenvernehmung stolz als „Beamter“ der Firma und früherer aktiver Offizier bezeichnete, die Vorarbeiterin nicht an ihrem Platz angetroffen und sie in drohender Weise deswegen zur Rede gestellt. Die Vorarbeiterin erklärte dem Inspektor, sie sei auf der Toilette gewesen. Der Inspektor stellte fest, daß die Vorarbeiterin ihren Gang nach der Toilette nicht beim Aufsichtsbereitschaften angemeldet habe. Deshalb wurde dann die Vorarbeiterin sofort entlassen. Am Richterlich herrschte offensichtlich die ungeliebte Meinung, daß dies doch wohl nicht der wahre Entlassungsgrund gewesen sein könne. Selbst ein Brauereidirektor, der als Beisitzer im Gericht fungierte, bemerkte, er könne es nicht verstehen, daß eine seit 16 Jahren zur vollen Zufriedenheit beschäftigte Arbeiterin aus einer so wichtigen Ursache entlassen werde. — Uebrigens ließ auch das Auftreten des Inspektors Rind vor Gericht erkennen, daß ihm der aktive Offizier immer noch im Blute siedet, daß er die in der Kaserne üblichen Umgangsformen auch in der Fabrik zu betätigen pflegt und sich deshalb allgemeiner Unbeliebtheit bei den Arbeitern und Arbeiterinnen erfreut. Dieser Meinung war offenbar auch der Vorsitzende des Gerichts, der zu Herrn Rind sagte: „Ich bin selber ein alter Offizier, aber bedenken Sie, daß wir in unserem Zivilberuf doch konstanter sein müssen wie beim Militär.“

Wie im Falle der Vorarbeiterin, so war auch im Falle des Konditors der Entlassungsgrund an den Haaren herbeigezogen. Ihm wurde eine Arbeit aufgetragen, die nicht zu seinen Obliegenheiten gehörte. Da er gerade mit einer Sacharbeit beschäftigt war, die ihrer Natur nach nicht sofort abgebrochen werden konnte, so machte er den betreffenden Vorgesetzten auf diesen Umstand aufmerksam. Daraus wurde eine „Arbeitsverweigerung“ konstruiert, und so hatte man einen Entlassungsgrund.

Ohne Zweifel sind die Kläger gemahregelt, und ihre Entlassung war ein Unrecht. Aber der Fall liegt so: Wegen unbilliger Härte im Sinne des BGB. konnten sie ihre Entlassung nicht anfechten, denn dazu fehlte die Voraussetzung, nämlich der Einspruch beim Betriebsrat, den sie nicht einlegen konnten, weil ja kein Betriebsrat besteht. Die Kläger stützen sich aber auf § 823 BGB., der denjenigen zum Schadenersatz verpflichtet, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Einen solchen Verstoß erblicken die Kläger darin, daß ihre Entlassung erfolgt ist, um ihre Wahl als Betriebsrat zu verhindern.

— Der Vorsitzende meinte, es sei zweifelhaft, ob die Kläger mit dieser Rechtsauffassung durchdringen würden. Andererseits brachte er aber im Laufe der Verhandlung wiederholt die Meinung zum Ausdruck, daß die Handlungsweise der Firma gegenüber den Klägern nicht schon gewesen sei. Aus diesem Grunde riet der Vorsitzende zum Vergleich, der nach langen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien dahin zustande kam, daß die Firma jedem der Kläger 250 M. zahlte.

Die Buchbinder zum Tarifabschluß.

Zu unserem Bericht in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ über die Versammlung der in den Api- und den BDB-Betrieben beschäftigten Buchbinder am Dienstag ist die folgende Resolution nachzutragen, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurde:

„Die in den Zentralfesttagen versammelten, in den Api- und BDB-Betrieben beschäftigten Buchbinder und Buchbindereiarbeiter und -arbeiterinnen sprechen den Arbeitgebern jedes soziale Verständnis ab. Auch die Geduld der Arbeiter geht einmal zu Ende. Sie erwarten deshalb, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen der Lohn der verteuerten Lebenshaltung angepaßt wird. Bei Ablehnung ihrer gerechten Forderungen erklären die Versammelten, auch vor den äußersten gewerkschaftlichen Mitteln nicht zurückzuschrecken.“

Palastrevolution in der Union.

Wie alle „revolutionären“ Organisationen, führt auch die Union der Hand- und Kopparbeiter einen erbitterten Kampf um ihre Existenz, die durch die neuen Gewerkschaftsparolen der KPD. stark gefährdet ist. Im Berlin-Brandenburger Bezirk der Union hat der Zwist dazu geführt, daß der Bezirksleiter Weyer von der Gewerkschaftszentrale der KPD. seines Postens enthoben wurde. Weyer hängt an seiner Existenz und kehrt sich nicht an seine Absetzung. Er arbeitet für „eine“ Union unermüdet weiter. So konnte er vorige Woche während der Absperrung in der UGB-Turbinenfabrik die Kranführer in die Union aufnehmen, dieselben Kranführer und Anbinde, die aus „revolutionärer Ueberzeugung“ jahrelang unorganisiert waren. Diesen neuen Mitarbeitern stellte sich Weyer in einer Belegschaftsversammlung Ende voriger Woche vor. Er ließ seine ganze Belegschaft spielen und sprach viel von einer Verbreiterung der Kampfbasis. Leider mußte er am nächsten Tage erleben, daß die Kranführer seinen Gedankengängen nicht gefolgt sind.

In der Belegschaftsversammlung war auch der Kommunist Gehlmann anwesend, der die Aufgabe hatte, die parteiamtliche Auffassung in der Gewerkschaftsfrage zu vertreten. Er sprach Weyer das Recht ab, im Namen der Union zu reden, da Weyer von der Zentrale abgesetzt sei. Die neugeborenen Mitglieder der Union, die ihrer Befriedigung über den Besuch ihres Bezirksleiters in der Versammlung unverbundenen Ausdruck gaben, machten bei den Ausführungen Gehlmanns immer längere Gesichter. Es war deutlich erkennbar, wie der Zweifel sich ihrer revolutionären Seele bemächtigte, der Zweifel darüber, an wen sie sich denn nun eigentlich zu halten haben. Und als Gehlmann dem Weyer zurief: „Ihr (die Weyer-Union!) wollt ja gar nicht kämpfen,“ da beschloßen sie die bedingungslose Aufnahme der Arbeit.

In der Berliner Union aber tobt der Kampf weiter. Die KPD-Zentrale verlangt von der Union die Unterwerfung unter die Parteibeschlüsse zur Gewerkschaftsfrage. Weyer dagegen kämpft für die Selbstständigkeit der Union. So wirkt die Gewerkschaftsfrage als Sprengpulver in der kommunistischen Partei. Die Parteipolitiker kommen um diese Frage ebensowenig herum, wie die Vertreter der selbständigen Verbände. In diesem Kampf freffen sie sich gegenseitig auf.

Neue Löhne der Brauntweinmonopolarbeiter.

Durch Vergleich, mit Zustimmung der Arbeitnehmer wurde für die in den Brauntweinmonopolbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer eine wöchentliche Zulage von 2 Mark erreicht. Damit betragen die Wochenlöhne ab 24. Oktober bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden, die im Tarifvertrag festgelegt ist: für ungelernete Arbeiter 33,50 M., Rutscher 35,65 M., Filtrationsarbeiter 38,85 M., Handwerker aller Art 38,50 und für Arbeiterinnen 25,10 M.

Lehrlingszuchterei im Karosseriegewerbe.

Die verhältnismäßig günstige Beschäftigungsmöglichkeit im Karosseriegewerbe seit der Kriegszeit hat einen großen Zustrom Schulentslassener zu diesem Beruf ausgelöst. Besonders sind die Belegschaften für die Abteilung Sattlerei gesucht, weil anscheinend die Meinung verbreitet ist, daß dieser Beruf wenig körperliche Anstrengung erfordert. Dieser Umstand wird von einigen Betrieben, in ganz besonderem Maße von der Firma Schebera-Tempelhof zum Anlaß genommen, Lehrlingszuchterei en gros zu betreiben. Bei einem Bestand von 43 Sattlern sind jetzt schon 27 Sattlerlehrlinge vorhanden. Trotzdem es in den anderen Abteilungen, Schlosserei, Stellmacherei usw., nicht viel anders ist, beachtet die Firma, wie uns berichtet wird, noch mehr Lehrlinge einzustellen. Weniger um Nachwuchs für den Beruf zu schaffen, als die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Belegschaft zu verschlechtern. Daß bei diesen Verhältnissen die Ausbildung der Lehrlinge nicht so sorgfältig erfolgen kann, wie es notwendig wäre, ergibt sich von selbst. Die Lehrlinge werden als billige Ausbeutungsobjekte benutzt. Deshalb ist die Bezahlzeit von drei auf vier Jahre heraufgesetzt. Wenn die Bezahlzeit, wie bisher, nach drei Jahren beendet wäre, würde nach den jetzt bestehenden Tariflöhnen der Wochenlohn des jungen Mannes rund 45 M. betragen. Da die Firma Schebera den Lehrlingen jetzt im vierten Jahre nur 12 M. Entschädigung zahlt, profitiert sie durch die Verlängerung der Bezahlzeit wöchentlich 33 M. an jedem Lehrling im vierten Jahr. Da sie rund 80 Lehrlinge beschäftigt, macht dies bei je 20 Lehrlingen in 50 Arbeitswochen jährlich die Kleinigkeit von 33 000 M. aus.

Bei diesem System ist der Besuch der Fortbildungsschule etwas hinderlich. Deshalb versucht die Firma Schebera, die Lehrlinge nicht mehr nach Berlin, wo der Unterricht vormittags stattfindet, zur Schule zu schicken, sondern nachmittags nach Mariendorf. Da dieses noch nicht ganz gelungen ist, hat die Hälfte der Lehrlinge nahezu ein halbes Jahr keine Schule besucht. Wenn dann, nach beendeter Bezahlzeit, die jungen Leute in dem erlernten Beruf keine Arbeitsmöglichkeit haben, vergrößern sie nur das Heer der Arbeitslosen. Das rapide Verschwinden der Pferdefuhrwerke sowie der Ausfall in der Militärindustrie hat einen sehr großen Ueberschuß an Sattlern mit sich gebracht. Dazu kommt ein großer Kreis von Tapezierern, Polsterern, die alle versuchen, im Karosseriegewerbe Beschäftigung zu erhalten. Deshalb warnen wir alle Eltern und Erzieher schulentlassener Knaben, diese dem Karosseriegewerbe, insbesondere der Firma Schebera zuzuführen, weil an eine günstige Verdienstmöglichkeit nach beendeter Bezahlzeit nicht zu denken ist.

Auskunft über den Beruf und die Betriebe desselben erteilt an Eltern und Erzieher jederzeit der Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilierverband, Engelauer 24/25, Zimmer 28.

Verband der Gärtner und Gärtnerarbeiter. Morgen, Donnerstag abend, 7 1/2 Uhr. Beirathungsversammlung im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Berlin, Engelauer 24/25.

Wirtschaft

Lügner oder Analphabeten!

In einem längeren Artikel bekämpfen wir in unserer Sonntagsausgabe die Getreidezölle. Wir wiesen dabei mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß Kornzölle nicht einmal für Verhandlungen über Handelsverträge in Betracht kommen. Wirklich heißt es da:

„Es ist schon ein großes Rohkäuferspiel, wenn die interessierte agrarische Agitation behauptet, Schutzzölle seien für den Abschluß von Handelsverträgen notwendig. Das ist ein Widerspruch in sich selbst, ganz abgesehen davon, daß die am Export interessierten Uebersiedler am Abschluß von Handelsverträgen mit Zollbindungen kein Interesse haben und es auch vor dem Kriege nicht hatten, während die europäischen Getreidelieferanten, vor allem Polen und Rußland, vorläufig infolge ihrer Rißernten zum Getreideexport unfähig sind.“

Die interessierte Agrarpresse hat bei ihrem Rohkäuferspiel einen Helfershelfer gefunden. Leicht ist es zu raten, wo: nämlich in der „Roten Fahne“, die wider besseres Wissen die Behauptung aufstellt, wir wollten uns unter dem Deckmantel der Verhandlungszölle für den Brotvorrat einsehen.

Alle Leser des „Vorwärts“ wissen, daß unser Blatt es war, das mit der rechtzeitigen Aufdeckung der Regierungsabsichten den Verlauf der Agrarier vereitelt hat, das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen. Sie wissen auch, daß wir seitdem unausgesetzt einen schweren Kampf gegen die Getreidezölle geführt haben.

Bedinglich der „Rote Fahne“ ist es vorbehalten geblieben, aus unserer Feststellung, daß wir einen Zolltarif für Handelsvertragsverhandlungen brauchen, zu schließen, wir seien Anhänger der Getreidezölle!

Wir stellen das fest und überlassen unseren Genossen das Urteil, ob sie diese Sorte kommunistischer „Arbeiterfreunde“ als Lügner oder als Analphabeten einschätzen wollen; möglich ist es immerhin, daß man dort nicht deutsch lesen kann.

Abbau der Lebensmittelzölle in Italien. Während in Deutschland die Protagarier auf die Wiedereinführung der hohen Lebensmittelzölle hinarbeiten, obwohl heute die Lebensmittel weit teurer sind als vor dem Kriege, geht Italien an den Abbau der Lebensmittelzölle heran. Der italienische Ministerrat beschloß die vollständige Aufhebung des Zolles auf Mehl, Getreide und Weizenfabrikate und die Herabsetzung der Zuckerversteuer von 400 auf 100 Lire und des Zuckergolles von 60 auf 40 Goldlire.

Aus der japanischen Genossenschaftsbewegung wird gemeldet, daß 14 000 Genossenschaften mit insgesamt 3 1/2 Millionen Mitgliedern sich zur Gründung einer Zentral-Genossenschaftsbank vereinigt haben. Die japanische Regierung gibt die Hälfte des auf 30 Millionen Yen festgesetzten Stammkapitals her.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Colerus; Gewerkschaftsbewegung: St. Götter; Feuilleton: Dr. John Salomon; Lokales und Sonstiges: Rich. Kuchel; Anzeigen: H. Giese; Schriftlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Linienstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Handbetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88

Fernsprecher: Norden 1198

Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller

elektrischer Bedarfsartikel

Ausführung sämtl. Reparaturen

Preiswerte, gediegene Arbeit

Pianos, Flügel

erstklassig, preiswert.

Römhildt,

Potsdamer Str. 126.

Steybeden

Preiswert, direkt Fabrik
Bernhard Strohmantel,
72 Wallst. 72/73 Spittelmarkt,
©. Gerbell u. Nikolsburg, P.L.Z.
Klitzsteybeden, werb. aufgesch.

N.W. steht Kopf!

--schuld daran ???
„Neubau Kaufhaus LINDEMANN“
(Moabit, Turmstr. Ecke Ottostr.)

Eröffnung in Kürze!